

Gesellschaft auf einen Blick 2024: OECD-Sozialindikatoren (Zusammenfassung)

Die komplette Publikation ist auf Englisch verfügbar:

OECD (2024), *Society at a Glance 2024: OECD Social Indicators*, OECD Publishing, Paris,
<https://doi.org/10.1787/918d8db3-en>.

Zusammenfassung

Die OECD-Länder verzeichnen seit längerem einen Rückgang ihrer Geburtenraten. In den Nullerjahren kam es zu einer vorübergehenden Stabilisierung, seit der globalen Finanzkrise von 2007/2008 setzt sich der Abwärtstrend aber fort. Im OECD-Durchschnitt betrug die zusammengesetzte Geburtenziffer 2022 nur noch 1,5 Kinder pro Frau und blieb damit deutlich hinter dem Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kindern pro Frau zurück. Den höchsten Wert erreichte Israel (2,9 Kinder pro Frau), gefolgt von Mexiko und Frankreich (1,8 Kinder pro Frau). Die niedrigsten Geburtenraten im OECD-Raum verzeichneten Italien und Spanien mit 1,2 Kindern pro Frau sowie insbesondere Korea, wo sich die zusammengefasste Geburtenziffer 2023 laut Schätzungen auf nur 0,7 Kinder pro Frau belief. Der Rückgang geht Hand in Hand mit einem Altersanstieg der Mütter: Im OECD-Durchschnitt brachten Frauen im Jahr 2000 ihr erstes Kind mit 26,5 Jahren zur Welt, 2022 lag dieser Wert bei 29,5 Jahren.

In den OECD-Ländern zeigt sich ein **allgemeiner Trend zu mehr Kinderlosigkeit**, allerdings ist er verschieden stark ausgeprägt. In sieben OECD-Ländern sind 1975 geborene Frauen mindestens doppelt so häufig kinderlos wie 1935 geborene Frauen. Der Anteil der kinderlosen Frauen am Geburtsjahrgang 1975 beträgt in Italien 23 %, in Spanien 24 % und in Japan 28 %.

Wirtschaftliche Erwägungen beeinflussen die Familienplanung. Wichtige wirtschaftliche Variablen – zum Beispiel das Haushaltseinkommen und wer wie viel dazu beiträgt oder auch die Kosten für Kinderbetreuung und Wohnraum – können die Entscheidung für oder gegen Kinder, den Zeitpunkt der Familiengründung und die Kinderzahl beeinflussen. Die steigenden direkten und indirekten Kosten für Kinder dürften ein Grund für die sinkenden Geburtenraten sein; allerdings könnten auch veränderte Einstellungen jüngerer Menschen zur Elternschaft eine Rolle spielen.

In den letzten Jahrzehnten **haben Frauen ihr Bildungsniveau und ihre Erwerbsbeteiligung gesteigert**, sodass eine Mutterschaft mit höheren Opportunitätskosten verbunden ist. Wenn Frauen zwischen Familie und Beruf wählen müssen, entscheiden sich einige für (mehr) Kinder und stecken dafür beruflich zurück, während andere der Erwerbstätigkeit den Vorzug geben und weniger oder keine Kinder zur Welt bringen. Wenn Frauen hingegen Beruf und Familie miteinander vereinbaren können, werden sowohl bessere wirtschaftliche Ergebnisse als auch höhere Geburtenziffern erzielt. Das erklärt z. T., warum die einst negative Korrelation zwischen der Beschäftigungsquote von Frauen und der Geburtenrate heute positiv ist.

Die Politik ist heute stärker auf die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ausgerichtet. Länder wie Dänemark, Frankreich, Norwegen, Schweden und Ungarn bieten Familien eine kontinuierliche und gut abgestimmte Unterstützung durch bezahlte Elternzeit und frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE). Allerdings geben diese Länder rd. 3 % des BIP oder mehr für Familienleistungen aus. Zudem verzeichnen viele dieser Länder im OECD-Vergleich derzeit keine überdurchschnittliche Geburtenrate. Arbeits- und familienpolitische Rahmenbedingungen allein reichen demnach nicht aus, um die unterschiedlichen Entwicklungen der Geburtenziffern in diesen und anderen Ländern zu erklären.

Als **Hindernis für eine Familiengründung und -erweiterung** rücken zunehmend **die Sorgen um die Wohnkosten** in den Vordergrund. Seit Ende der 1990er Jahre sind diese Kosten in den meisten OECD-Ländern beträchtlich angestiegen. Auch die Ausgaben für private Bildung können sich als Hürde erweisen – nicht in allen OECD-Ländern, aber beispielsweise in Korea.

OECD-weite Regressionsanalysen ergaben positive Zusammenhänge zwischen der zusammengefassten Geburtenziffer einerseits und der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen, den öffentlichen Ausgaben für Elternzeit und FBBE sowie – in geringerem Maße – der finanziellen Unterstützung der

Haushalte andererseits. Deutlich erkennbar war außerdem eine negative Korrelation zwischen der Geburtenziffer und den Wohnkosten sowie der Erwerbslosenquote als Indikator der Arbeitsmarktbedingungen. Allerdings lässt sich die Varianz der Geburtenrends auch damit nur teilweise erklären. Möglicherweise spielen die Wahrnehmung von Unsicherheit sowie gesellschaftliche Einstellungen und Normen eine immer wichtigere Rolle.

Die jüngere Vergangenheit war von rasch aufeinanderfolgenden globalen Krisen geprägt: Covid-19, die Verschärfung der Klimakrise oder auch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine haben ein Gefühl der Ungewissheit und Unplanbarkeit verbreitet und womöglich die Unsicherheit am Arbeits- und Wohnungsmarkt verstärkt. Junge Menschen tun sich deshalb möglicherweise schwerer damit, sich auf die Elternrolle einzulassen.

In den letzten Jahren hat sich auch die **Einstellung zur Elternschaft** spürbar verändert. Junge Männer wie Frauen betrachten Elternschaft immer seltener als Voraussetzung für ein erfülltes Leben und der Verzicht auf Kinder findet immer breitere gesellschaftliche Akzeptanz. Zugleich werden zunehmend höhere Ansprüche an „gute“ Eltern gestellt und die Abwägung der – finanziellen wie nichtfinanziellen – Kosten und positiven Effekte von Elternschaft führt häufiger zu einer Entscheidung gegen die Familiengründung oder -erweiterung.

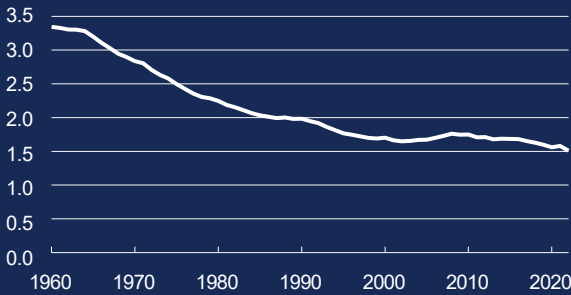
Der beste Ansatz für Länder, in denen die Geburtenrends mit Sorge gesehen werden, besteht nach wie vor darin, **die Geschlechtergleichstellung und eine gerechtere Aufteilung von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung zu fördern**. Dies erfordert familienpolitische Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und stärker auf die Kosten von Kindern, insbesondere die Wohnkosten, ausgerichtet sind. Aufgrund der sich wandelnden Einstellungen zur Familiengründung und -größe ist es jedoch auch mit solchen Maßnahmen unwahrscheinlich, dass Bestandserhaltungsraten wieder in greifbare Nähe rücken.

Es wäre auch sinnvoll zu fragen, welche **allgemeinpolitischen Weichenstellungen** für eine „Zukunft mit niedrigen Geburtenraten“ zu treffen sind. Denn selbst wenn die Geburtenrate steigt, dauert es zwanzig Jahre, bis sich dadurch die Bevölkerung im Erwerbsalter vergrößert. Diese Weichenstellungen weisen über die Familienpolitik hinaus und sprengen den Rahmen dieser Ausführungen; mögliche Hebel, um die wirtschaftlichen und fiskalischen Auswirkungen einer potenziell schrumpfenden Erwerbsbevölkerung abzumildern, sind beispielsweise Zuwanderung sowie Maßnahmen zur Aktivierung und Steigerung der Produktivität von am Arbeitsmarkt unterrepräsentierten Gruppen.

Infografik 1. Wichtige Fakten und Zahlen

Die Geburtenraten sind in den letzten Jahrzehnten deutlich gesunken

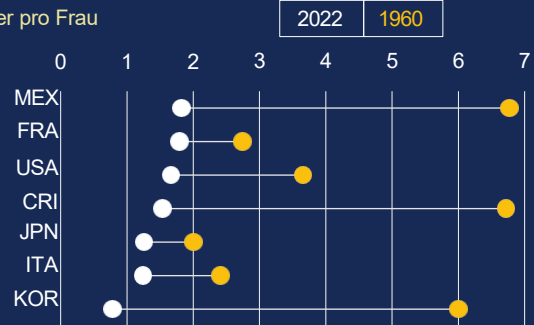
Kinder pro Frau, 1960–2022, OECD-Durchschnitt



Im OECD-Durchschnitt ist die zusammengefasste Geburtenziffer von 1960 bis 2022 um mehr als die Hälfte gesunken, von mehr als 3,3 auf 1,5 Kinder.

In fast allen OECD-Ländern ist die Geburtenrate gesunken

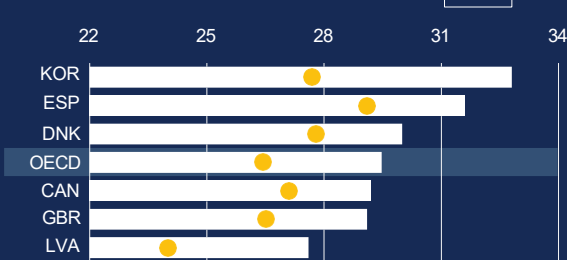
Kinder pro Frau



In den Nullerjahren stabilisierten sich die Geburtenraten in vielen Ländern, seit der Finanzkrise 2007/2008 setzt sich der Rückgang aber fort.

Frauen werden deutlich später Mutter als noch vor zwanzig Jahren

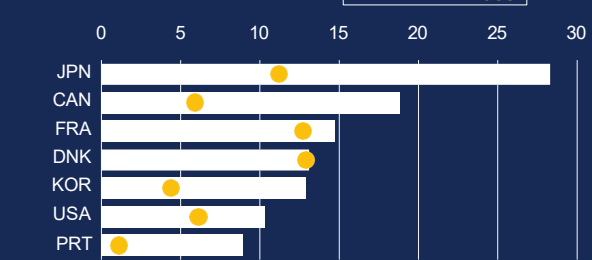
Durchschnittsalter der Erstgebärenden, OECD-Durchschnitt



Das Durchschnittsalter der Erstgebärenden steigt kontinuierlich an; 2000 betrug es 26 Jahre, 2022 erreichte es 29 Jahre.

Kinderlosigkeit nimmt in vielen Ländern zu

Prozentsatz der Frauen, die kinderlos bleiben



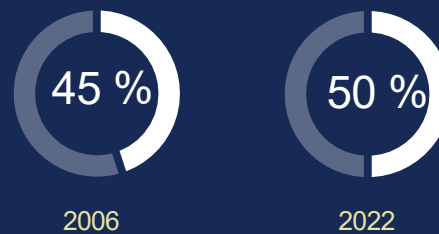
In Estland, Italien, Japan, Litauen, Polen, Portugal und Spanien sind 1975 geborene Frauen mindestens doppelt so häufig kinderlos wie 1935 geborene Frauen.

Fertilitätsentscheidungen hängen von vielen Faktoren ab



Viele junge Menschen sind finanziell nicht unabhängig

Anteil der 20- bis 29-Jährigen, die bei ihren Eltern wohnen (OECD-Durchschnitt)



Der Anteil junger Erwachsener, die bei ihren Eltern wohnen, hat sich in vielen OECD-Ländern vergrößert.

Dieser Text wurde vom Deutschen Übersetzungsdienst der OECD übersetzt. Der englische und der französische Text sind die einzigen amtlichen Fassungen.



From:
Society at a Glance 2024
OECD Social Indicators

Access the complete publication at:
<https://doi.org/10.1787/918d8db3-en>

Please cite this chapter as:

OECD (2024), "Zusammenfassung", in *Society at a Glance 2024: OECD Social Indicators*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/a239711e-de>

This document, as well as any data and map included herein, are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area. Extracts from publications may be subject to additional disclaimers, which are set out in the complete version of the publication, available at the link provided.

The use of this work, whether digital or print, is governed by the Terms and Conditions to be found at <http://www.oecd.org/termsandconditions>.